

# Happige Aufschläge erwartet

**BERN.** Bahnfahren wird in der Schweiz bis 2018 um 27 Prozent teurer, prognostiziert der Verband öffentlicher Verkehr. Grund ist neben der Teuerung und dem Eigenbedarf der Transportunternehmen die Erhöhung der Trasseepreise.

SIMON HUNGERBÜHLER

Die Pendlerzahlen steigen, die Züge sind ausgelasteter denn je. Die stetig steigende Nachfrage im öffentlichen Verkehr der Schweiz macht einen Ausbau des Bahnangebots und somit auch der Infrastruktur nötig. Offen ist, wie er finanziert werden soll. Dazu hat das Bundesamt für Verkehr (BAV) einen Vorschlag «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (Fabi) in die Vernehmlassung geschickt, die am vergangenen Freitag zu Ende gegangen ist. Gestern hat nun der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) einen Bericht darüber präsentiert, welchen Einfluss der Vorschlag des BAV auf die Ticketpreise haben könnte.

Werden, wie es das BAV vorschlägt, die Trasseepreise bis 2017 in zwei Schritten um total 300 Millionen Franken pro Jahr angehoben, so müsste der Konsument 2018 mit 27 Prozent teureren Tickets rechnen. Das ergäbe eine durchschnittliche jährliche Steigerung von 3,5 bis 4 Prozent. Darin eingerechnet sind allerdings nicht nur

die Mehrkosten, die den Transportunternehmen aufgrund der höheren Trasseepreise entstehen, sondern auch eine erwartete Teuerung von einem Prozent jährlich sowie der steigende Eigenbedarf der Transportunternehmen. Für Investitionen in Rollmaterial, die Verbesserung des Angebotes und steigende Personalkosten rechnet der VöV mit einem Mehraufwand von 0,8 Prozent pro Jahr.

## Höhere Mehrwertsteuer?

Die 27 Prozent Preiserhöhung sind dem VöV zu viel. Er fürchtet, dass es wegen zu hoher Preise zu einer Abwanderung vom öffentlichen Verkehr kommt, wie der Verband in seinem 36-seitigen Bericht schreibt. Daher hat der VöV ein Alternativmodell vorgeschlagen, das die Kundschaft weniger belasten soll. Statt um 300 sollen die Trasseepreise nur um 150 Millionen Franken angehoben werden. Das restliche Geld soll unter anderem durch ein zusätzliches Mehrwertsteuerpromille aufgebracht werden. Nach diesem Modell würden die Ticketpreise

bis 2018 jährlich nur um 2,6 bis 3,1 Prozent steigen, total um 20 Prozent.

Damit der öffentliche Verkehr aufgrund der erwarteten deutlichen Preisaufschläge gegenüber dem Auto nicht ins Hintertreffen gerät, verlangt der VöV vom Bund, «dass sich der motorisierte Individualverkehr im Gleichschritt zum ÖV verteuert». Diese Forderung begrüsst der Verkehrs-Club der Schweiz (VCS). Mit der «übermässigen Tarifierhöhung» ist er aber nicht einverstanden, wie aus einer Mittei-

lung hervorgeht. Der VCS ruft Bund und Verkehrsunternehmen dazu auf, «deutlich moderatere Tarifierhöhungen ins Auge zu fassen».

## «Zu früh für Zahlen»

Auch die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) ist mit den Erhöhungen nicht einverstanden. «Es ist nicht sinnvoll, wenn man bereits jetzt den Preisaufschlag errechnet und so Zahlen zementiert», sagt Geschäftsleiterin Sara Stalder. Die Auslegung des Bundes in der Fabi-Vorlage sei so breit, da müssten zuerst viele andere Fragen geklärt werden, bevor man bestimme, was die Konsumenten, das schwächste Glied in der Kette, zu zahlen hätten.

Das BAV seinerseits habe den Bericht des VöV mit Interesse zur Kenntnis genommen, wie Direktor Peter Fuglistaler in einer schriftlichen Stellungnahme zitiert wird. Er betont aber, dass «die geplante Trassepreiserhöhung die Billette lediglich um 10 Prozent verteuern würde.» Die restlichen 17 Prozent des vom VöV erwarteten Preisaufschlags seien zurückzuführen auf die Teuerung und die Eigenbedürfnisse der Bahnen. So heisst es denn aus dem BAV: «Eine jährliche Erhöhung der Billettpreise von rund zwei Prozent wird sowieso stattfinden, auch wenn Fabi nicht kommt.»

## TEURERE BILLETTE

### Preise des öffentlichen Verkehrs



Bahnfahren in der Schweiz wird teurer. Dies auch, weil der Bund die Gebühren für die Nutzung der Trassees um 300 Millionen Franken pro Jahr anheben will. Bild: key

## AUFGEFALLEN

### Die beste Armee wechselt Windeln

**BERN.** Es ist müssig, Widersprüche in der Politik der CVP festzustellen. Dennoch: Da versuchen die Bürgerlichen im Parlament unter Führung der CVP-Sicherheitspolitiker Jakob Büchler und Bruno Frick erfolgreich der Armee mehr Geld zuzuschlagen. Ganze 500 Millionen Franken mehr sollen es sein, um das Heer nur auf 100 000 Mann statt auf die geplanten 80 000 zu verkleinern. Und nun dies: «Vaterschaftsurlaub statt WK», teilt das CVP-Sekretariat mit. Ein Vorstoss des Genfers Luc Barthassat will, dass Wiederholungskurse, die innert der ersten zwölf Monate nach der Geburt des Kindes zu leisten wären, auch als Vaterschaftsurlaub absolviert werden können. Nur deshalb also will die CVP die Armee wieder aufrüsten? Wie subversiv familienfreundlich! Allerdings: Was für eine beste Armee der Welt soll das sein, wenn die Hälfte der WK-Soldaten zu Hause Windeln wechseln? (mob)

## Tonnenweise verunreinigter Honig

**FRAUENFELD.** Im Kanton Thurgau müssen 7,5 Tonnen Honig vernichtet werden, weil sie Spuren von Streptomycin enthalten. Dies ist ein Rekord, der die Diskussionen über das umstrittene Mittel gegen den Feuerbrand neu entfachen wird.

Für die Imker aus dem Kanton Thurgau ist der Befund niederschmetternd. Von den 436 bis jetzt untersuchten Honigproben im Kanton Thurgau enthielten 68 Rückstände des Antibiotikums Streptomycin. Damit gilt dieser Honig als verseucht und muss vernichtet werden. Rund 7,5 Tonnen oder rund 12 Prozent der jährlichen Honigproduktion im Kanton Thurgau sind davon betroffen. Das ist schweizweiter Rekord. 2008, beim ersten zugelassenen Einsatz von Streptomycin in der Schweiz mussten im Kanton Thurgau zwar ebenfalls 3,5 Tonnen Honig vernichtet werden. Nach einer Anpassung der Vorschriften über den Einsatz des

Antibiotikums sank jedoch im Kanton Thurgau die verunreinigte Menge 2009 und 2010 auf 136 respektive 126 Kilogramm Honig, der vernichtet werden musste. «Es ist wirklich brutal», sagt der kantonale Honigobmann Hans Stettler. Wir haben geglaubt, dass nach den Anfangsschwierigkeiten die Situation jetzt unter Kontrolle sei. Das war jedoch eine Illusion. Unklar ist zudem, wie es dazu kam.

### Unklare Ursache

Gemäss Markus Harder, dem Chef des Thurgauer Landwirtschaftsamtes müssen die Gründe erst noch vertieft abgeklärt werden. Harder aber auch Stettler haben jedoch eine Vermutung. So könnte es sein, dass der sehr warme und trockene Frühling zum Anstieg der Verunreinigungen geführt hat. Dies habe nämlich bewirkt, dass die Obstbäume sehr lange und intensiv geblüht hätten, während alternative Blütenpflanzen schon abgeblüht hätten. Die Bienen hatten also genau in der Zeit, in der die Obstbäume mit Streptomycin behandelt wurden, kei-

ne Alternativen gehabt. Mehr Honig könnte darum verunreinigt sein als in anderen Jahren.

### Politisches Abwägen

Der belastete Honig wird zwar den Imkern vom Obstverband vergütet. Dennoch haben die betroffenen Imker gemäss Stettler einen Schaden. Denn sie könnten in diesem Jahr nicht mal ihre Stammkundschaft beliefern. Der Kantonalverband der Thurgauer Bienenfreunde will darum heute Abend über das weitere Vorgehen diskutieren. Laut Stettler ist eine weitere Einschränkung der Sprühzeiten eine mögliche Forderung. Heute dürfen Obstbauern im Kanton Thurgau zwischen 20 und 8 Uhr mit dem Sprühfahrzeug unterwegs sein. Die Erfahrung habe jedoch gezeigt, dass die Bienen bei sehr schönem Wetter schon um 6 Uhr ausfliegen. «Am Schluss wird es ein politisches Abwägen zwischen unseren Interessen und derjenigen der Obstbauern sein», sagt Stettler. Im Kanton Thurgau leben rund 500 Bauernfamilien vom Obstbau. (j)

## NACHGEFRAGT



**Ulrich Weidmann**  
Professor für Verkehrsplanung und Transportsysteme, ETH Zürich

### «Preissteigerung um 27 Prozent ist riskant»

*Wie beurteilen Sie den Vorschlag des VöV, die Trasseepreise nur um 150 Millionen Franken anzuheben? Ich will den Vorschlag nicht werten. Man muss einfach wissen, dass wir über den Beitrag für eine Leistung reden, nämlich das Benützen der Schieneninfrastruktur durch Züge, die bereits hoch subventioniert ist. Die Trassenpreise decken keine 20 Prozent der Infrastrukturkosten. Selbst wenn der Vorschlag des Bundes umgesetzt wird, ist kein Drittel der Kosten bezahlt.*

*Was halten Sie denn vom Konzept des Bundesamtes für Verkehr?*

Das Fabi-Finanzierungskonzept ist für mich Ausdruck einer gelungenen Symmetrie. Es beinhaltet zwei wichtige Elemente: Es gibt keine zeitliche Begrenzung mehr wie beim Finöv. Zudem ist das Konzept bezüglich der Akteure ausgewogen. Weder Bund, Kantone noch Individualverkehr oder Fahrgäste werden unzumutbar belastet. Das Konzept hält aber nur stand, wenn jeder Akteur seinen Beitrag leistet. Mir ist allerdings in den letzten Tagen aufgefallen, dass niemand hinter diesem Finanzierungskonzept steht.

*Der VöV fürchtet bei einer massiven Preiserhöhung ein Ausbleiben der Kunden. Gibt es Erfahrungswerte?*

Die Preiselastizität der Fahrpreise der Bahnen können wir auf etwa 0,3 bis 0,4 schätzen, für nicht allzu starke Erhöhungen. Steigt der Preis für ein Ticket um zehn Prozent, fahren also drei bis vier Prozent weniger Passagiere mit der Bahn.

*Dann sind bei einer so massiven Preissteigerung die Züge leer?*

Nein. 20 Prozent reale Preiserhöhung über sieben Jahre ist zwar deutlich spürbar. Das wird man in der Nachfrage merken. Zusammenbrechen wird sie aber nicht. Bloss das Wachstum wird gedämpft. Eine Preissteigerung um 27 Prozent erachte ich hingegen als riskant.

INTERVIEW: SIMON HUNGERBÜHLER

## IN KÜRZE

### Kein klares Resultat

**BERN.** Laut einer Studie von Forschern der Universität Bern ist nicht erwiesen, dass in der Nähe von AKWs geborene oder wohnende Kinder ein erhöhtes Krebsrisiko haben. Entwarnung geben können die Wissenschaftler aber dennoch nicht. Die Zahl der Krebsfälle ist nämlich so klein, dass die Resultate statistisch grosse Unsicherheiten aufweisen.

### Mehr Ergänzungsleistungen

**BERN.** Die Zahl der Personen, die trotz AHV- oder IV-Rente auf Ergänzungsleistungen (EL) angewiesen sind, nimmt weiter zu. Mit 277 100 Personen waren es letztes Jahr 2,2 Prozent mehr als 2009.

### SVP mit Familieninitiative

**BERN.** Familien sollen im gleichen Ausmass in den Genuss von Steuerabzügen kommen, unabhängig davon, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder in Krippen geben. Diesen Grundsatz will die SVP mit ihrer Familieninitiative in der Bundesverfassung verankern. Die Partei reichte die Initiative mit 113 000 Unterschriften ein. (sda)